

Beilage zur Weibert-Beitung

Nr. 211

Dienstag, am 10. September 1929

95. Jahrgang

Chronik des Tages.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann entwickelte in Genf ein Programm deutscher Völkerbundspolitik. Der Reichsverkehrsminister hat den Antrag der Reichsbahn auf Erhöhung der Tarife endgültig abgelehnt. In Lemberg wurde ein Bombenattentat auf das Auto des polnischen Handelsministers verübt. Die Brandenburger Jahrestausendfeier hat am Sonntag ihr Ende erreicht. Der Völkervereinigungskongress ist in Heide (Dob-Stein) mit Erfolg gestartet. Die Kurden wurden mit großer Sicherheit genommen. Die in der Nähe von Appelhäfen im Münsterland gelegene katholische Erziehungsanstalt Martinist ist niedergebrannt. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Die Schauspielerin Maria Orfa, die in Wien eingetroffen ist, mußte aufs neue in eine Nervenklinik gebracht werden. Es steht nunmehr einwandfrei fest, daß das Ueberlandflugzeug „Stadt San Franzisko“ am Tahlorberge in Neu-Mexiko zerstückelt ist und daß alle acht Insassen den Tod gefunden haben.

Deutschlands Programm.

Die zweite Woche der Herbstversammlung des Völkerbundes wurde mit einer großen Rede des deutschen Außenministers Dr. Stresemann eingeleitet. Das Interesse für die deutsche Rede war groß. Der Reformationsaal war bis auf den letzten Platz besetzt, auch hatten sich auf den Tribünen zahlreiche Zuschauer: Boten, Offiziere und Journalisten, eingefunden.

Während des ersten Teils seiner Ausführungen hielt sich Stresemann etwas eng an die vor ihm liegende Ausarbeitung seiner Rede, um dann zum Schluß frei und recht temperamentvoll über den Plan der Vereinigten Staaten von Europa zu sprechen. Der Beifall, den die Völkervereinigung Stresemann zollte, war stark. Es fiel jedoch auf, daß Stresemann beim Verlassen des Rednerpults nur von den Vertretern der kleineren europäischen Mächte begrüßt wurde.

Erriand, der bekanntlich fast kein Wort deutsch versteht, wartete erst die Uebersetzung ab. Zum Ausgangspunkt hatte Minister Stresemann das Ergebnis der Haager Konferenz gewählt. Das bedeutendste Ereignis dieser Verhandlungen sah Reichsaussenminister Stresemann in der Erfüllung des deutschen Verlangens auf Räumung des Rheinlandes. Gleichzeitig erinnerte der deutsche Außenminister aber mit erster Stimme daran, daß leider auch nach dem Haag noch ein großes Stück deutscher Erde, das Saargebiet, fremder Verwaltung untersteht!

Und die gerechte Lösung der Saarfrage ist eine der Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, wenn die Barriere zwischen Deutschland und Frankreich, von der Stresemann noch sprach, fallen soll.

Sie ist aber nicht die einzige! Auch sonst gibt es zwischen Deutschland und Frankreich noch Streitfragen und Gegensätze mehr als genug. So erinnerte Stresemann z. B. daran, daß es mit dem Völkerbund zum Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit und mit der Anpassung der Völkerbundsorganisation an die Bestimmungen des Kriegsschiedsgerichtspaktes nicht sein können haben darf, notwendig sei vielmehr der Ausbau der Methoden für die friedliche Lösung von Streitfragen jeder Art und die Durchführung der allgemeinen Abrüstung.

Einen erheblichen Teil seiner Rede hatte Stresemann dem Minderheitenproblem gewidmet. Man hatte erwartet, daß der Leiter der deutschen Außenpolitik, um die Minderheitenfrage nicht einschleifen zu lassen, den formalen Antrag stellen würde, den Madrider Minderheitenbericht des Rates der zuständigen Kommission der Völkervereinigung zu überweisen. Das ist nicht geschehen. Dafür hat Reichsaussenminister Dr. Stresemann der Reichsregierung das Recht zur Wiederherstellung der Minderheitenfrage gewahrt und den deutschen Standpunkt mit aller erforderlichen Deutlichkeit dargelegt.

Stresemanns Minderheitenklärung gipfelte in der Feststellung, der Friede unter den Völkern werde um so besser gesichert sein, je mehr das unveräußerliche Menschenrecht auf Muttersprache, Kultur und Religion unbeschadet der staatlichen Grenzsetzung geschützt werde.

Das größte Interesse und die stärkste Aufmerksamkeit erregten jedoch Stresemanns Ausführungen über die Vereinigten Staaten von Europa. Mit Entschiedenheit lehnte der deutsche Außenminister es ab, an einem Pan-Europa mitzuwirken, das von politischen Erwägungen eingegeben ist und sich gegen andere Erdteile oder Weltmächte richtet. Das bedeutet, daß Deutschland nichts mit Vätern zu tun haben will, deren Kernpunkt letzten Endes eine europäische Allianz gegen Amerika oder das britische Weltreich bildet!

Stresemanns Ausführungen über das Pan-Europa-Projekt waren deshalb lediglich wirtschaftspolitischer Natur und mündeten dahin aus, zur Befestigung der wirtschaftlichen Herrschaft Europas und zur Verfestigung der Zollgrenzen beizutragen.

In ihrer Gesamtheit betrachtet, stellt die Rede des Außenministers eine Art Programmentwurf der deutschen Völkerbundspolitik dar. Die Kernpunkte dieses Programms sind: Durchführung der allgemeinen Abrüstung, Wahrung der Rechte der Minderheiten, Bekämpfung des europäischen Wirtschaftskrisis und friedlicher Ausgleich politischer Differenzen. — Die Lösung der Saarfrage muß außerhalb des Völkerbundes durch direkte deutsch-französische Verhandlungen erfolgen.

Stresemann-Rede in Genf.

Freiheit auch für das Saargebiet! — Deutschlands Abrüstungs- und Minderheiten-Programm. — Pan-Europa der Wirtschaft?

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hielt in der Vollversammlung des Völkerbundes eine große Rede über die deutsche Völkerbundspolitik. Saal und Tribünen waren dicht besetzt.

Einleitend verwies Minister Dr. Stresemann auf die Haager Konferenz und erklärte, was dort entschieden worden sei, das seien für das deutsche Volk Fragen, die sowohl die Grundlage seiner materiellen Existenz als auch die Grundlage seines Daseins als souveräner und unabhängiger Staat auf das stärkste berührten. Die Tatsache, daß höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele ständen, erkläre, daß auch zu dieser Stunde in der Öffentlichkeit Deutschlands ein fertiges und einheitliches Urteil über die Ergebnisse dieser Verhandlungen nicht zum Ausdruck komme.

Der Kardinalpunkt dieser Ergebnisse sei aber die im Haag nun endlich beschlossene Erfüllung des deutschen Verlangens, das deutsche Staatsgebiet von militärischer Besatzung zu befreien. Seit dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund habe die deutsche Regierung die fortwährende Befreiung deutschen Landes jeden Augenblick auf das schmerzlichste empfunden. Kein Volk, das sich selbst achtet, habe anders empfinden können. Heute könne Deutschland nicht stillschweigend davon vorübergehen, daß ein anderer Teil deutschen Landes noch unter fremder Verwaltung stehe, ein Gebiet, dessen Wiedervereinigung mit dem Heimatland der einmütige Wunsch seiner Bevölkerung sei. Erfreulicher Weise seien die ersten Schritte zur Befreiung dieses Landes bereits getan worden. Auch der Völkerbund habe alles Interesse an der Verwirklichung dieses Wunsches.

Fälle die Barriere, die seit dem Kriegsende trennend zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn stehe, so werde der Weg frei, um die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern, die ihm einst als Kriegsgegner gegenüberstanden, so eng und fruchtbar zu gestalten, wie das gemeinsame Interesse aller Völker und das ureigenste Interesse des Völkerbundes dies erfordere.

Für allgemeine Abrüstung.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann begrüßte sodann Englands und Frankreichs Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung der Schiedsgerichts-Klausel und stellte fest, daß Deutschland diese Klausel als erste Großmacht unterzeichnet hat. Weiter berührte Dr. Stresemann die Vorschläge, die eine Klärung des Verhältnisses des Kellogg-Paktes zum Völkerbundpakt herbeiführen sollen. Deutschland habe stets den Standpunkt vertreten, daß der Ausgangspunkt aller Bemühungen um die Friedenssicherung der Ausbau der Methoden für die friedliche Vereinigung jeder Art von Streitigkeiten zwischen Staaten sein müsse. Der Krieg lasse sich nicht dadurch verhindern, daß man den Krieg vorbereite, sondern nur die Befreiung der Kriegsur-sachen.

Mit größtem Interesse verfolge Deutschland den Gang der Verhandlungen über die Beschränkung der Rüstungen. Mit dem gleichen intransigenten Willen müßten jetzt auch die Arbeiten an der Abrüstung zu Lande gefördert werden. Die deutschen Vertreter seien gezwungen gewesen, von den Beschlüssen des vorbereitenden Abrüstungsausschusses ausdrücklich abzurückzuweichen, um Deutschland nicht mit verantwortlich zu machen an einem Verfahren, das der deutschen Auffassung nach mit den Bestimmungen des Völkerbundpakt nicht in Einklang zu bringen sei. Es sei zu hoffen, daß man aus diesem Stand der Abrüstungsarbeiten durch die Verhandlungen der Seemächte schnell herausgeführt werde.

Es handele sich nicht um eine Einzelfrage, sondern um einen Dreiklang: Verhinderung jeder Kriegsmöglichkeit, die allgemeine Abrüstung als Konsequenz aus dieser Verhinderung, die Verhinderung der Erstarrung aller Zustände durch eine fortschreitende Entwicklung auf friedlichem Wege.

Die Menschenrechte der Minderheiten.

Zur Minderheitenfrage führte Minister Dr. Stresemann aus, ihm liege daran, die geltenden Verträge, die vom Völkerbund übernommenen Garantien und die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten in ihrer Gesamtheit und ihrem grundsätzlichen Charakter einer ersten Prüfung zuzuführen. Die Verbesserungen, die man bisher durch den deutschen und kanadischen Vorkauf erzielt habe, seien unzureichend. Der Völkerbund dürfe sich in der Ausübung seiner Verantwortlichkeit nicht auf die Erledigung einzelner an ihn herangetretener Beschwerden beschränken, sondern er müsse darauf Bedacht nehmen, sich fortlaufend Gewißheit darüber zu verschaffen, wie sich das Schicksal der Minderheiten unter den in Kraft befindlichen Verträgen gestalte. Mit einem Hinweis darauf, daß Deutschland zunächst die Auswirkung der letzten Beschlüsse — unter Wahrung seines Rechtes zur Wiederherstellung der Minderheitenfrage — abwarten wolle, erklärte Minister Stresemann wörtlich:

Bei der Minderheitenfrage handelt es sich um ein Problem, das gerade nach dem Grundprinzip des nach dem Krieg geschaffenen neuen Regimes des Völkerbunds in seiner Gesamtheit angeht. Der Friede unter den Völkern wird um so besser gesichert sein, je mehr das unveräußerliche Menschenrecht auf Muttersprache, Kultur und Religion unbeschadet der staatlichen Grenzen geschützt und gewahrt wird. Der Völkerbund muß sich jedenfalls unter allen Umständen dauernd mit den Minderheitenfragen befassen.

Der europäische Zusammenschluß.

Was die Pan-Europa-Bewegung betreffe, gebe es sehr viele, die diesen Gedanken von vornherein ablehnten. Das seien die „Pränumerando-Bestimmten“, die jeden Gedanken zur Unfruchtbarkeit bestimmten, wenn er nicht in das allgemeine Normaldenken hinein passe. Dr. Stresemann fuhr fort:

Weshalb sollte der Gedanke, daß die europäischen Staaten einigen kann, von vornherein unmöglich sein? Politische Gedanken, namentlich in irgendeiner Tendenz gegen andere Erdteile lehne ich mit aller Entschiedenheit ab. Wohl aber scheint mir vieles durchführbar zu sein, das heute der Erfüllung harret.

Es ist nicht grotesk, daß wir auf Grund neuer technischer Errungenschaften vom Süden Deutschlands nach Tokio die Entfernung um 20 Tage verkürzen, aber in Europa selbst stellenweise fortwährend mit der Lokomotive anhalten müssen, weil irgendwo eine neue Grenze kommt, weil irgendwo eine neue Zollrevision kommt, als wenn das Ganze ein kleines Krämergeschäft wäre, was wir in Europa hier in der ganzen Weltwirtschaft zu führen hätten.

Ich will hier nicht das politische Gesicht des Versailles-Friedensvertrages diskutieren. Aber auf das Wirtschaftliche muß ich denn doch näher eingehen. Man hat zwar eine große Anzahl neuer Staaten geschaffen, aber hat die alten Beziehungen der europäischen Wirtschaft vollkommen beseitigt. Will man in diesem Gedankenweg weiter fortgehen, so müßte der Völkerbund Verhandlungen aufnehmen und Vereinbarungen schaffen, die dem Austausch der Güter dienen und die den Zweck haben, den internationalen Wettbewerb einzuschränken. Wir sind jederzeit bereit, an diesen Arbeiten teilzunehmen.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann beendete seine Rede mit einem Appell an die Jugend. Es sei richtig, so erklärte er, daß der Heroismus des Krieges die Jugend bis in die Gegenwart hinein beherrsche. Er freue sich, daß der Heroismus noch nicht ausgestorben sei, glaube aber, daß dem persönlichen Heroismus in zukünftigen Kriegen wenig Betätigung gegeben sei. „Wir in unserem Kreis“, so schloß Dr. Stresemann seine Rede, „haben die nächste Aufgabe, Völker einander näherzubringen, ihre Gegensätze zu überbrücken. Zweifelnd wir nicht daran, es gibt starke und heftige Gegensätze. Es handelt sich um eine schwere Arbeit.“

Ausdehnung der Versicherungsaufsicht.

Ein entsprechender Gesetzentwurf in Vorbereitung. Wie das Reichswirtschaftsministerium bestätigt, ist im Hinblick auf verschiedene Vorkommnisse in der Versicherungswirtschaft ein Zusatz zum Versicherungsgesetz geplant, wonach durch das Aufsichtsamte eine stärkere Überwachung der Versicherungsgesellschaften erfolgen soll. Außerdem soll eine private Treuhänder-Gesellschaft das vorliegende Material von Fall zu Fall prüfen. Die Vorbereitungen sind soweit gefördert, daß man in der nächsten Zeit entsprechende Vorschläge erwarten kann. Vermutlich wird sich dann der Reichstag schon bei seinem Zusammentritt damit beschäftigen können.

Erhöhung der Bahntarife abgelehnt.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Reichsverkehrsminister den Antrag der Reichsbahn auf Erhöhung der Eisenbahntarife abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte unter Hinweis auf die inzwischen eingetretene anhaltende Besserung des Verhältnisses zwischen Ausgaben und Einnahmen.

In der Öffentlichkeit kann die Ablehnung des Tarifierhöhungsantrags nur begrüßt werden. Sollte die Reichsbahn auf Grund der Ablehnung des Reichsverkehrsministers sich nicht entschließen, den Antrag auf Tarifierhöhung zurückzuziehen, so bleibt ihr lediglich der Weg, das Reichsbahngericht anzurufen. Welche weiteren Schritte die Reichsbahn nunmehr unternimmt, ist noch nicht bekannt.

Bombenattentate in Lemberg.

Bei der Eröffnung der polnischen Ostmesse. Die Eröffnung der polnischen Ostmesse in Lemberg wurde durch mehrere Bombenattentate gestört. Ein ukrainischer Schüler wollte ein Paket mit Sprengstoff auf das Auto des polnischen Handelsministers strotzlos werfen. Das Paket explodierte jedoch in den Händen des Schülers; der Minister blieb unverletzt. Einige Stunden später wurde in das Direktionsgebäude der Ostmesse eine Bombe geworfen. Die Hauptinspektion und drei Beamte sind schwer verletzt, drei Beamte leicht verletzt worden. Der Sachschaden ist groß. Die Täter sind noch unbekannt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 10. September 1929.
— Der Deutsche Buchdruckerbund trat in Mainz zu einer Tagung zusammen; verbunden damit ist die Feier des 60-jährigen Jubiläum.

— Einsetzung des Hindenburg-Adlers auf Helgoland. In Anwesenheit von Vertretern des Reiches und Preußens wurde auf Helgoland der vom Norddeutschen Lloyd und vom Seebäder-Dienst der Hamburg-Amerika-Linie gestiftete Hindenburg-Adler eingeweiht. Geheimrat Stimming würdigte in seiner Festansprache die Persönlichkeit des Reichspräsidenten als Führer der Schlichten im Weltkriege und als Säulen